

POLITIK AUS DER NICHE.

DIE DIGITALE POLITISCHE KOMMUNIKATION ALS INFORMATIONQUELLE UND AUSTAUSCHFORUM FÜR DIE OPPOSITION IN WEISSRUSSLAND

Stephan Malerius



Stephan Malerius ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Weißrussland.

Anders als in Westeuropa oder den meisten neuen EU-Mitgliedsstaaten wird die digitale politische Kommunikation in Weißrussland nicht im Kontext der Nutzung der spezifischen Möglichkeiten von Web 2.0 in der Kommunikation von Politikern mit den Bürgern oder im Zusammenhang mit digitaler Demokratie diskutiert. Vielmehr gilt das Internet vor allem als ein Instrument, die Zensur in den klassischen Medien (Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen) zu umgehen. Denn ein traditioneller öffentlicher Raum, in dem die Menschen ihre politische Meinung frei äußern können, existiert in Weißrussland nicht. Die Verdrängung der politischen Kommunikation aus der Öffentlichkeit ist eines der „Rezepte“, mit dem das System Lukaschenko sein über 15-jähriges Bestehen bislang erfolgreich zu sichern vermochte. Sie ist zudem einer der Gründe, weshalb die demokratische Opposition ein Nischendasein fristet und von der Bevölkerung kaum wahrgenommen wird. Der einzige bislang weitestgehend nicht kontrollierte öffentliche Raum ist das Internet. Deshalb kommt der geschickten Nutzung der digitalen Medien durchaus das Potenzial zu, zur Triebfeder eines demokratischen Wandels im Land zu werden. Voraussetzung wäre jedoch, dass die Opposition ihren „kommunikativen Konservatismus“ ablegt und beginnt, koordinierte Strategien für Online-Aktivitäten zu entwickeln, die in eine intelligente Politikplanung inkorporiert sind.

DIE KONTROLLE DES ÖFFENTLICHEN RAUMES IN WEISSRUSSLAND ODER: DIE VERBANNUNG DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Ein bemerkenswertes Phänomen der Regierung Lukaschenkos ist es, dass das repressive System im Land von außen nicht auf Anhieb als ein solches zu erkennen ist. Es gibt keine regelmäßigen Morde an kritischen Journalisten oder MenschenrechtlerInnen. Seit Ende 2008 gibt es keine international anerkannten politischen Gefangenen mehr und auch von Massenprotesten gegen eine autoritäre und/oder korrupte Regierung wird nicht berichtet. Wer als Tourist, aber auch als politischer Beobachter nach Minsk kommt, hat auf den ersten Blick nicht den Eindruck, sich in einem autoritär geführten Staat zu befinden. Im Gespräch mit den Menschen wird schnell deutlich: Wer darauf verzichtet, sich politisch oder zivilgesellschaftlich zu engagieren oder eine kritische politische Meinung öffentlich zu äußern, der kann in Weißrussland ruhig und unbehelligt leben. Beim zweiten Blick wird jedoch schnell deutlich, dass die Bedingung für die öffentliche Ruhe der weitgehende Ausschluss des Politischen aus dem öffentlichen Diskurs ist. Ähnlich wie in der Sowjetunion unter Brezjnew in den siebziger Jahren, als die Küche der wichtigste Ort der politischen Kommunikation im Land war, wird heute in Weißrussland fast nur privat über Politik diskutiert, da lediglich die Privatsphäre im Land nicht vollkommen reguliert ist und der Bürger hier noch das Recht hat, außerhalb des vom Staat verordneten ideologischen Rahmens zu leben. Pavel Usov schreibt in einer Betrachtung der sozialen Beziehungen in Weißrussland: „Selbstverständlich endet jede ‚individuelle Freiheit‘ dort, wo die öffentliche/politische Aktivität beginnt. Jede Person, die an öffentlichen Aktionen teilnimmt, die den Interessen der Machthaber zuwiderlaufen, wird augenblicklich unter strenge Aufsicht genommen und erfährt den umfassenden politischen Druck des Systems.“¹

1 | Pavel Usov, „Political and Social Structures in the System of Political Control in Belarus“, in: Bell (*BelarusInfo Letter*), 3 (13) 2010, S. 3, http://www.eesc.lt/public_files/file_1270650236.pdf [14. April 2010].

Politik wird in Weißrussland vertikal verordnet, über Politik wird nicht diskutiert. Politische Kommunikation in einem klassischen Verständnis als a) Kommunikation politischer Akteure zur Erreichung spezifischer Ziele oder b) Kommunikation über Politik und politische Akteure ist in Belarus aus dem öffentlichen Raum (der Straße, den klassischen Medien) verbannt. Wenn z.B. drei Menschenrechtler im Zentrum von Minsk in der Nähe der Präsidialadministration gegen die im März 2010 erfolgte Vollstreckung von Todesurteilen protestieren, werden sie umgehend von Geheimdienst oder Polizei abgeführt. Als die Zeitschrift *Arche* über die Manipulation der letzten Parlamentswahlen in Belarus im Herbst 2008 berichtete, leitete der Geheimdienst ein Verfahren gegen sie wegen Verbreitung extremistischer Inhalte ein. Die Verbannung der politischen Diskussion aus der Öffentlichkeit ist juristisch sanktioniert und gründet auf einer weitreichenden Rechtswillkür im Land. Die drei Menschenrechtler wurden nach Artikel 23 und 34 des Ordnungswidrigkeitsgesetzes („Verstoß gegen Regelungen von Massenveranstaltungen“) zu einer Geldstrafe von umgerechnet vier Euro verurteilt. Und ein Gericht befand die Arche im Frühjahr 2009 für schuldig, gegen den sog. Extremismus-Paragraphen verstoßen zu haben, und ordnete die Vernichtung der konfiszierten Ausgabe 7/8 (2008) der Zeitschrift an.² Die beiden Beispiele stehen pars pro toto für ein ausgefeiltes System der Kontrolle der politischen Kommunikation in Weißrussland: Jedwede Äußerung einer unabhängigen kritischen politischen Meinung in der Öffentlichkeit oder den Medien kann, wenn es die Machthaber für geboten erachten, unterbunden werden, und für jede repressive Maßnahme gibt es auch den passenden Paragraphen im Straf- oder bürgerlichen Gesetzbuch. Im Zweifelsfall oder bei besonderen Anlässen entscheidet der Präsident. Die absolute, zugleich aber nirgendwo fixierte Kontrolle von Lukaschenko über die Justiz ist der vielleicht wichtigste Pfeiler des repressiven Systems.

Ein bemerkenswertes Phänomen der Regierung Lukaschenkos ist es, dass das repressive System im Land von außen nicht auf Anhieb als ein solches zu erkennen ist. Es gibt keine regelmäßigen Morde an kritischen Journalisten oder Menschenrechtlern.

2 | Dem 2007 ratifizierten Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus zufolge können alle Organisationen, denen zur Last gelegt wird, für einen gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung oder terroristische Aktivitäten einzutreten oder nationalen oder rassistischen Hass zu schüren, aufgelöst werden (Artikel 14).

POLITISCHE KOMMUNIKATION VERSCHLÜSSELT: DIE DEMOKRATISCHE OPPOSITION IN DER NICHE

Eine weitere Besonderheit des politischen Systems in Weißrussland – einzigartig in Europa wie auch im gesamten postsowjetischen Raum – ist die vollständige Abwesenheit von politischen Parteien in den quasi-demokratischen Institutionen auf lokaler (den sog. Räten) oder nationaler Ebene (dem Parlament). Damit fehlt im Land einer der zentralen Akteure der politischen Kommunikation. Vor dem Hintergrund des Anspruches, wie eine normale europäische Demokratie³ wirken zu wollen, gestehen selbst offizielle Vertreter in informellen Gesprächen ein, dass dieser Umstand zumindest ungewöhnlich ist. Die Nicht-Existenz von Parteien in den politischen Institutionen hat weitreichende Folgen für die politische Kommunikation im Land: Im gesamten Repräsentantenhaus (Parlament) in Minsk gibt es keinen Abgeordneten, der eine bestimmte – konser-

Eine weitere Besonderheit des politischen Systems in Weißrussland – einzigartig in Europa wie auch im gesamten postsowjetischen Raum – ist die vollständige Abwesenheit von politischen Parteien in den quasi-demokratischen Institutionen auf lokaler (den sog. Räten) oder nationaler Ebene (dem Parlament).

ative, sozialdemokratische, liberale, christliche etc. – politische Position repräsentiert. Politiker in Belarus sind keine öffentlichen Personen, sondern werden vornehmlich in Bezug auf ihre Nähe bzw. Loyalität zum Präsidenten und seiner Umgebung beurteilt. Da die gesamte Regierung bis in das zweite Glied (stellvertretende Minister) sowie die regionalen Verwaltungschefs (Gouverneure)

vom Präsidenten ernannt und auch die systemkonformen Abgeordneten des Repräsentantenhauses vor den Parlamentswahlen ganz offensichtlich sorgfältig ausgewählt und dann bei manipulierten Wahlen nur noch schein-demokratisch legitimiert werden, besteht für sie keine Notwendigkeit, um die Unterstützung von Wählerinnen und Wählern zu werben oder Rechenschaft vor diesen

3 | Vgl. hierzu die Äußerung Lukaschenkos in einem Interview mit der österreichischen Zeitung *Presse am Sonntag* am 12.07.2008: „Das wichtigste aber für die Vorwärtsbewegung ist, dass keine Bedingungen oder Forderungen gestellt werden, dass wir unser Land demokratisieren. Was sollen wir denn demokratisieren? Was ist dieser Standard für die Demokratisierung? Jedes Land hat seinen Standard. Und ich sehe keinen so großen Unterschied zwischen der Demokratie in Weißrussland und der in Europa. Haben Sie etwa das Gefühl, dass hier bei uns alle zittern, wie das in Euren Medien oft geschrieben wird? Bei uns lebt man ruhiger als in jedem europäischen Land.“ Zitiert nach <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/494312/index.do> [14. April 2010].

abzulegen. Einmal gewählt – oder besser: ernannt –, haben die Abgeordneten das oben erwähnte ungeschriebene Gesetz schnell verinnerlicht: Jede unabhängige Meinung, die öffentlich geäußert wird, kann gefährlich sein für die „politische“ Karriere.

De jure existieren politische Parteien in Belarus als außerparlamentarische Opposition. Hier ist zwar das traditionelle politische Spektrum durchaus repräsentativ abgebildet – von der national-konservativen Belarussischen Volksfront über die liberale Vereinigte Bürgerpartei bis zu den pro-demokratischen Post-Kommunisten. Doch sind die Strukturen dieser Parteien derart schwach, dass Analytiker eher von politischen Klubs als von Parteien sprechen. Daneben gibt es quasi-politische Bürgerbewegungen wie die Bewegung für die Freiheit von Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch. Das Problem all dieser politischen oder politisch-zivilgesellschaftlichen Gruppierungen besteht in ihrer fehlenden Bindung an die Bevölkerung. Eine politische Kommunikation zwischen der demokratischen Opposition und den Menschen im Land existiert praktisch nicht. Anders als etwa in Polen in den frühen achtziger Jahren oder Litauen in den späten achtziger Jahren, wo nationale Bewegungen wie Solidarność oder Sajūdis den demokratischen Wandel einleiteten, ist es in Belarus keiner außerparlamentarischen Gruppierung in den letzten zehn Jahren gelungen, einen nennenswerten Bekanntheitsgrad, geschweige denn Rückhalt in der Bevölkerung zu erlangen. Die Vertreter der demokratischen Opposition agieren in gesellschaftlichen Nischen, in denen sie auch untereinander kaum koordiniert sind. Konspirative Arbeitsbedingungen, chiffrierte Kommunikation und die beständige Sorge, abgehört zu werden, lassen sie wie Dissidenten, nicht wie öffentliche Politiker agieren. Eine „normale“ Kommunikation mit der Bevölkerung ist nicht möglich. Diese Isolation führt zu einem Fehlen von Legitimität sowie zur Unfähigkeit, politische Prozesse im Land zu beeinflussen.

Gleichzeitig hat die Verbannung der politischen Kommunikation aus dem öffentlichen Raum zur Folge, dass auch die Bürgerinnen und Bürger nur sehr selten in der Lage sind sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen gegenüber der Regierung und den Behörden zu formulieren und gemeinsam zu verteidigen.

Gleichzeitig hat die Verbannung der politischen Kommunikation aus dem öffentlichen Raum zur Folge, dass auch die Bürgerinnen und Bürger nur sehr selten in der Lage sind sich zusammenzuschließen, um ihre Interessen gegenüber

der Regierung und den Behörden zu formulieren und gemeinsam zu verteidigen. Im Jahr 2009 schrieb die EU ein Programm für Belarus mit dem Titel „Nicht-staatliche Akteure und lokale Verwaltung“ aus, in dem es um die Stärkung der klassischen Funktionen politischer Kommunikation ging. Wichtige Aspekte waren hierbei die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung

Die Verweigerung des Dialogs war eine weitere Methode des Regimes, die demokratische Opposition im Land in eine kommunikative und damit auch gesellschaftliche Nische zu drängen.

verschiedener gesellschaftlicher Akteure am politischen Dialog und eine Partnerschaft im Prozess der Politikformulierung. Zudem sollten die Bürger ermutigt werden, sich an Diskussionen und Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene zu beteiligen.⁴ Dass der Schwerpunkt eines EU-Programms für Belarus auf der Stärkung eines politischen Dialogs im Land lag, unterstreicht, wie weit Belarus hier noch von europäischen Standards entfernt ist. Zugleich macht es deutlich, dass eine freie politische Kommunikation und Demokratie im europäischen Verständnis zusammengehören.

Die rigide Kontrolle des öffentlichen Raumes hat bei vielen Menschen Weißrusslands in den letzten 15 Jahren zu einer Reaktivierung sowjetischer Verhaltensmuster geführt: der Schere im Kopf, der Angst sich zu bekennen (etwa Unterschriften für Parteien oder Kandidaten vor Wahlen zu leisten), bis hin zur Ermahnung von Eltern an die Kinder, in der Schule nichts von den politischen Gesprächen am Küchentisch zu erzählen. Zensur und Überwachung im Land haben eine Deformierung der Kommunikationskanäle zur Folge. Bestes Beispiel hierfür ist die Popularität von Skype in Belarus. Skype ist eine unentgeltlich erhältliche Software, die kostenlos Telefonieren über das Internet, „Instant-Messaging“ (Chatten) sowie die Dateiübertragung ermöglicht. Während in West- und Mitteleuropa Skype

4 | Vgl. *Non-State Actors and Local Authorities in Development (NSA&LA) Belarus; Guidelines for grant applicants; Budget lines 21.03.01 and 21.03.02; Reference: EuropeAid/127989/L/ACT/BY: „The specific objectives of this Call for Proposals are: Facilitation of equal participation of non-state actors and local authorities in policy dialogue and partnership in policy formulation processes. Capacity-building of non-state actors to represent their target groups. Strengthening citizens' capacity to engage in discussion and decision-making process at local level through awareness-raising, advocacy and development of campaigns“, Seite 5, <http://ec.europa.eu/europeaid/tender/data/d84/AOF82084.pdf> [14. April 2010].*

vor allem als Programm geschätzt wird, mit dessen Hilfe die gerade bei internationalen Gesprächen immer noch erheblichen Telefonkosten gesenkt werden können, sieht man in Belarus den Vorteil von Skype hauptsächlich in der Möglichkeit der abhörsicheren Kommunikation. Nachrichten über Skype werden in einem Verfahren von Nutzer zu Nutzer weitergeleitet, das die Daten selbst dann unbrauchbar macht, wenn es jemandem gelingen sollte, ein Gespräch abzufangen, da der Datenverkehr zwischen den Anwendern nach hohen Sicherheitsstandards verschlüsselt ist. Deshalb werden sensible Gespräche in Belarus nicht über das Festnetz oder das Mobiltelefon geführt und vertrauliche Informationen nicht via E-Mail übermittelt, vielmehr kommuniziert die gesamte demokratische Opposition in Belarus untereinander und zumeist auch mit den internationalen Partnern fast ausschließlich über Skype.

Ein weiteres Beispiel für die Deformierung der politischen Kommunikation in Belarus war lange Zeit die vollständige Abwesenheit eines öffentlichen Dialogs zwischen den beiden meinungsführenden Gruppen im Land, den Vertretern des Systems (der präsidialen Vertikale) und den unabhängigen Experten bzw. führenden demokratischen Politikern. Immer wieder haben in der Vergangenheit die wenigen in Belarus verbliebenen internationalen Institutionen wie EU, OSZE oder ausländische diplomatische Vertretungen versucht, im Rahmen von Konferenzen, Runden Tischen oder Fachgesprächen einen milieuübergreifenden Diskurs – und damit auch eine öffentliche politische Kommunikation – anzustoßen. In der Regel waren und sind die demokratischen Vertreter auch zur politischen Diskussion mit der staatlichen Seite bereit. Doch regelmäßig erschienen die eingeladenen Regierungsvertreter zu den Veranstaltungen nicht und gaben somit zu verstehen, dass sie die Opposition nicht als Gesprächspartner akzeptieren. Die Verweigerung des Dialogs war eine weitere Methode des Regimes, die demokratische Opposition im Land in eine kommunikative und damit auch gesellschaftliche Nische zu drängen. Die Situation änderte sich erst Ende 2008 und auch nur als Ergebnis einer Annäherung zwischen Belarus und der EU, die immer wieder signalisierte, dass für sie die demokratische

Ein wichtiger Grund für den geringen Bekanntheitsgrad und das Nischensein der demokratischen Opposition in Belarus ist das Fehlen einer unabhängigen Presse.

Opposition in Belarus durchaus ein gleichberechtigter Gesprächspartner sei. Nun begannen auch im Land selbst offizielle Vertreter, vorsichtig an den international vermittelten und zumeist von unabhängigen Experten initiierten öffentlichen Foren teilzunehmen, und Anfang 2009 wurde auf Initiative der Präsidialadministration sogar ein regelmäßig tagender sog. gesellschaftlicher Konsultativrat ins Leben gerufen, zu dem neben staatlichen Funktionsträgern auch ausgewählte Vertreter der demokratischen Opposition eingeladen wurden. Seit dem Jahr 2009 werden in diesem milieuübergreifenden Gremium Themen wie die belarussische Wirtschaft in der Finanzkrise, die Abschaffung der Todesstrafe oder die Änderungen in der Wahlgesetzgebung diskutiert.

DIGITALE POLITISCHE KOMMUNIKATION: ONLINE MEDIEN UND DIE BEDEUTUNG DES INTERNETS IN WEISSRUSSLAND

Ein wichtiger Grund für den geringen Bekanntheitsgrad und das Nischendasein der demokratischen Opposition in Belarus ist das Fehlen einer unabhängigen Presse: Die elektronischen Medien sind vollständig unter staatlicher Kontrolle und werden erfolgreich als Propagandainstrumente gegen die Opposition eingesetzt. Der einzige unabhängige Fernsehsender Belsat wird, genauso wie zwei

Nach Angaben von Gemius, einem analytischen Zentrum, das sich auf die Untersuchung von Internet-Märkten in Mittel- und Osteuropa spezialisiert hat, betrug im Februar 2010 die Zahl der Internetnutzer in Belarus 3.047.939 Personen, die 316.527.019 Websites besuchten und insgesamt 706.717 Stunden im Internet verbrachten.

Radiostationen, von Polen aus betrieben und ist bislang nicht in der Lage, breite Bevölkerungsschichten anzusprechen. Zwar existieren etwa 30 unabhängige Zeitungen, zumeist aber in einer Auflage von wenigen hundert Exemplaren wöchentlich. Mit zwei Ausnahmen sind sie außerdem vom staatlichen Verteilungssystem ausgeschlossen, über das sie abonniert oder an Kiosken verkauft werden können. Wirtschaftliche Diskriminierung ist die wirksamste und raffinierteste – weil von außen bzw. international nur schwer erkennbare – Einschränkung der Pressefreiheit in Belarus. Unternehmen ist es untersagt, Anzeigen in unabhängigen Zeitungen zu schalten, wenn sie keine Probleme mit dem Geheimdienst oder der Steuerpolizei bekommen wollen. Zudem setzt das Ministerium für Information das Recht zur Registrierung und Verwarnung von Zeitungen aktiv als ein Instrument gegen mediale

verkaufte werden können. Wirtschaftliche Diskriminierung ist die wirksamste und raffinierteste – weil von außen bzw. international nur schwer erkennbare – Einschränkung der Pressefreiheit in Belarus. Unternehmen ist es untersagt, Anzeigen in unabhängigen Zeitungen zu schalten, wenn sie keine Probleme mit dem Geheimdienst oder der Steuerpolizei bekommen wollen. Zudem setzt das Ministerium für Information das Recht zur Registrierung und Verwarnung von Zeitungen aktiv als ein Instrument gegen mediale

Kritik an der Regierung oder am Präsidenten ein. Zwei Verwarnungen im Jahr reichen aus, um eine Zeitung zu schließen, bei einer Verwarnung kann das Erscheinen einer Zeitung ausgesetzt werden. In der Konsequenz hat die überwiegende Anzahl der nicht staatlichen Zeitungen in Belarus entweder den Charakter von Anzeigenblättern oder beschränkt sich redaktionell auf gänzlich unpolitische Unterhaltung. Vor diesem Hintergrund hat das Internet als Quelle für unzensierte Informationen sowie als ein alternativer öffentlicher Raum der politischen Kommunikation für viele Belarussen in den letzten Jahren rasant an Bedeutung gewonnen. Quantitativ hat sich laut des *Internet World Stats* die Anzahl der Internet-Nutzer in Belarus von 2000 bis 2007 um das 15-Fache erhöht.⁵

Jahr	Nutzer	Bevölkerung	Prozent der Bevölkerung
2000	180.000	10.073.600	1,8
2003	1.391.900	9.755.025	14,3
2005	2.461.000	9.714.257	25,3
2007	2.809.800	9.678.864	29,0

Quelle: ITU

Nach Angaben von Gemius, einem analytischen Zentrum, das sich auf die Untersuchung von Internet-Märkten in Mittel- und Osteuropa spezialisiert hat, betrug im Februar 2010 die Zahl der Internetnutzer in Belarus 3.047.939 Personen, die 316.527.019 Websites besuchten und insgesamt 706.717 Stunden im Internet verbrachten.⁶ Der rasante Anstieg der Nutzerzahlen erklärt sich auch dadurch, dass das Internet in den letzten Jahren für viele Belarussen bezahlbar geworden ist. Obwohl die Kosten für einen Internetzugang in Belarus immer noch um das 4,5-Fache über denen etwa in der Ukraine liegen, gab es einen eindeutigen

5 | Vgl. <http://www.internetworldstats.com/euro/by.htm> [14. April 2010]. Als Quelle wird auf ITU, International Telecommunication Union, eine führende UN-Agentur für Informations- und Kommunikationstechnologie verwiesen. Die Angaben über die Nutzerzahlen von 2007 sind auf der zitierten Webseite allerdings falsch angegeben und wurden durch das belarussische Kommunikationsministerium korrigiert. Vgl.: <http://providers.by/2009/09/news/ministerstvo-svyazi-isportilo-statistiku> [14. April 2010].

6 | Vgl. Mikhail Doroshevich, *Internet in Belarus*, Februar 2010, <http://www.e-belarus.org/news/201004051.html> [14. April 2010].

Trend in der Preisentwicklung: In den letzten fünf Jahren haben sich die Kosten für einen Internetzugang insgesamt um das 30-Fache verringert (von 612 US-Dollar für einen unlimitierten Zugang zum Internet mit der Geschwindigkeit von 256 Kbyte pro Sekunde im Jahr 2004 auf 22 US-Dollar Ende 2009). Ende 2009 besaßen von 100 Familien 62 einen Computer zu Hause, 500.000 Menschen hatten einen Breitband-Internetzugang abonniert, 43.000 Personen nutzten einen Wi-Fi-Zugang, landesweit gab es 640 Hot Spots. Ein weiteres wichtiges Ereignis war 2009 die kommerzielle Nutzung der 3G-Technologie, die zu einer deutlichen Verringerung der Gebühren für einen mobilen Internetzugang führte. Die Popularität von Internetcafes hat dementsprechend abgenommen, da die meisten Menschen das Internet entweder von zu Hause, während der Arbeit oder mobil nutzen. Die BBC wertet in einer Studie vom Herbst 2009 die Verbreitung des Internets als „eine der höchsten in der Region“ mit Webseiten, die bis zu 10.000 individuelle Besucher täglich aufweisen und einer sehr gut entwickelten Bloggergemeinschaft mit über 20.000 Blogs, die in der populärsten Plattform LiveJournal registriert sind.⁷

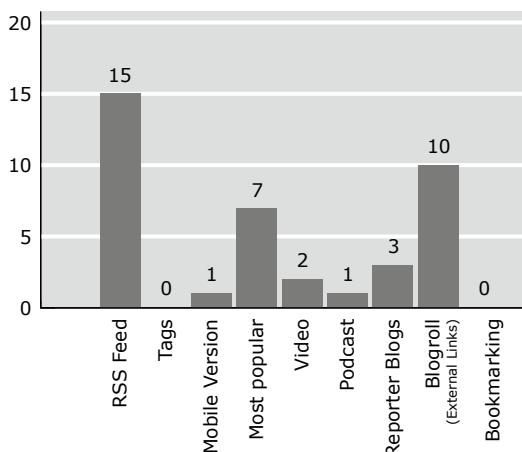
Als virtueller Ort der politischen Kommunikation erfüllt das Internet in Belarus unter den beschriebenen Rahmenbedingungen andere Aufgaben als in Deutschland oder etwa Polen. Es geht hier vor allem darum, Zensur und kommunikative Blockade des autoritären Systems zu umgehen, die Kosten für die Kommunikation mit den Lesern, Nutzern oder Anhängern zu senken und die öffentlichen Räume zu erweitern. Gerade unter autoritären Bedingungen wie in Belarus – das zeigen Erfahrungen aus Iran, Ägypten oder China – kann das Potenzial des Internets kaum überschätzt werden: Die digitale politische Kommunikation vermag neue öffentliche Räume dort zu erschließen, wo eine freie politische Kommunikation nicht mehr möglich ist. Um es jedoch als ein alternatives Kommunikationsinstrument effektiv zu nutzen, müsste das Internet – sowohl von den unabhängigen Medien als auch von den demokratischen Akteuren – nicht als ein Massenmedium im klassischen Sinne verstanden werden, sondern als „ein Raum für digitale Gespräche, an denen jedermann teilnehmen

7 | Michael Randell, *Opportunities for Supporting the Development of the Media in Belarus. A Report Compiled for the British Embassy in Minsk* (London: o.J.), S. 9.

kann – und zwar unabhängig von Zeit und Raum.“⁸ Dieses Verständnis ist in Belarus noch nicht weit verbreitet. Eine 2007 veröffentlichte Studie untersuchte 21 der populärsten Webseiten in Belarus, darunter zehn Online-Versionen von Printmedien, zehn Online-Nachrichtenseiten und den Online-Service eines Radiosenders. In der Analyse wurde danach gefragt, ob die Seiten Inhalte integrierten, die von den Nutzern bzw. Besuchern generiert werden („user generated content“), sowie welche Web 2.0-Merkmale charakteristisch für den weißrussischen Online-Journalismus sind. Das Ergebnis zeigte, dass die untersuchten Seiten zwar mit einigen Formen der Interaktivität bzw. der aktiven Kommunikation mit den Lesern / Nutzern experimentierten, dass sich aber die Mehrzahl der Medien immer noch an traditionellen journalistischen Techniken orientierte und vorwiegend auf die reine Übermittlung von Nachrichten beschränkte.

Abbildung Nr. 1

**Verwendung von Web 2.0-Merkmalen durch die
21 populärsten Online-Medien in Weißrussland**



Quelle: e-belarus, Belarusian Online Journalism: „Citizens‘ Generated Content and Web 2.0. A survey of 21 most popular Belarusian web-sites“, <http://www.e-belarus.org/article/online-journalism2007.html> [14. April 2010].

8 | Arne Klempert, „Wie das Internet die Massenmedien verändert“, in: *Die Politische Meinung*, 484, (2010) 3, S. 42.

Als virtueller Ort der politischen Kommunikation erfüllt das Internet in Belarus unter den beschriebenen Rahmenbedingungen andere Aufgaben als in Deutschland oder etwa Polen. Es geht hier vor allem darum, Zensur und kommunikative Blockade des autoritären Systems zu umgehen, die Kosten für die Kommunikation mit den Lesern, Nutzern oder Anhängern zu senken und die öffentlichen Räume zu erweitern.

Die Studie kritisierte die fehlende Vernetzung, mangelnde Interaktivität und die Konzentration auf eine lineare Verbreitung von Informationen bei den meisten der untersuchten Seiten. Zahlreiche internationale Programme und Fortbildungen für Journalisten haben in den letzten Jahren

versucht, diese Defizite gezielt anzugehen und die Online-Medien in Weißrussland zu einem alternativen Ort der politischen Kommunikation auszubauen. So wurden beispielsweise im Sommer 2008 im Rahmen eines EU-Programms zur Unterstützung von unabhängigen Medien in Weißrussland zwei Trainings für Online-Journalisten u.a. zum Thema Web 2.0 organisiert, bei denen die grundlegenden Unterschiede zwischen Print-

und Online-Journalismus, Blogging und sozialen Netzwerke für Journalisten oder Audio-Podcasting und Live-Video-casting behandelt wurden. Ähnliche Fortbildungen für Journalisten in Belarus boten 2009 die Deutsche Welle-Akademie und die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk in Minsk an.

KONTROLLE ODER VERBLEIBENDER FREIRAUM? LUKASCHENKOS INTERNET-ERLASS NR. 60

Angesichts der Straßenproteste nach den Präsidentschaftswahlen im Iran im Jahr 2009 oder des aktuellen Konfliktes zwischen Google und der chinesischen Führung stellt sich die Frage, ob das Regime in Belarus eine staatliche Kontrolle des Internets praktiziert oder zumindest intendiert. Iryna Vidanava, Chefredakteurin der Multimedia-Zeitschrift 34, meint, dass viele unabhängige Akteure es in den letzten Jahren gelernt hätten, der staatlichen Kontrolle immer einen Schritt voraus zu sein. Als das Internet in Weißrussland begann, habe das Regime es nicht als Bedrohung ernst genommen. Immerhin besaß man die Kontrolle über sämtliche Fernsehkanäle und das schien ausreichend. Als sich die ersten Online-Gruppen als Organisationen registrieren lassen wollten, wurde dies von staatlicher Seite nicht verhindert. Als später die Macht des Internets offensichtlich wurde, wusste die Regierung zunächst nicht, wie

sie darauf reagieren sollte.⁹ In den letzten Monaten sind immer wieder belarussische und chinesische Delegationen zusammengetroffen und haben Erfahrungen darüber ausgetauscht, wie das Internet effektiv zu überwachen sei. Mittlerweile scheint die Führung in Minsk ein Konzept entwickelt zu haben: Anfang Februar 2010 unterschrieb Lukaschenko den Erlass Nr. 60 „Über Maßnahmen zur Verbesserung des Betriebs des nationalen Segmentes des Internets“, der am 01. Juli 2010 in Kraft treten soll. Internationale Organisationen wie Reporter ohne Grenzen kritisierten den Erlass, und Lukaschenko wurde nach einem eingebürgerten Ritual von Regimekritikern zum Feind des Internets erklärt. Doch scheint der internationale Aufschrei voreilig. Zunächst ist festzuhalten, dass die Funktionieren und die Nutzung des Internets in der belarussischen Gesetzgebung bislang kaum geregelt sind. Der Erlass Nr. 60 ist der Versuch einer systematischen Regulierung von Tatsachen wie dem Internethandel. Er setzt Standards für die Webseiten staatlicher Institutionen fest und enthält mehrere Klauseln zum Schutz von Copyright und gegen Internetpiraterie. Einige Experten sind durch den Umstand alarmiert, dass zukünftig in Internetcafes die Nutzung des Internets erst nach Vorlage des Passes und

Speicherung der Personendaten erfolgen soll. Auch ein anonymer Zugang über das Mobilfunknetz ist nicht möglich, da der Erwerb einer SIM-Karte ebenfalls an die Vorlage eines Passes und die Registrierung in Belarus gebunden ist. Zudem sollen Daten über das Nutzerverhalten aufgezeichnet und

Internetprovider angehalten werden, auf Anweisung der staatlichen Behörden den Zugang von Nutzern innerhalb von 24 Stunden zu sperren, sollten diese gegen Gesetze verstößen. In der Tat hat es im Vorfeld der letzten Präsidentschaftswahlen in Belarus mindestens zwei politisch motivierte Strafverfahren gegeben, bei denen Beweise auf der Grundlage von Internetüberwachung verwendet wurden (im Fall der Organisation Partnership und der Internetcartoons von Third Way). Gleichwohl meint Yury Chavusau von der Vereinigung pro-demokratischer NGOs in Belarus, dass der Erlass Nr. 60 keine qualitativ neuen Mechanismen der Überwachung und Kontrolle von

Angesichts der Straßenproteste nach den Präsidentschaftswahlen im Iran im Jahr 2009 oder des aktuellen Konfliktes zwischen Google und der chinesischen Führung stellt sich die Frage, ob das Regime in Belarus eine staatliche Kontrolle des Internets praktiziert oder zumindest intendiert.

9 | Iryna Vidanava auf dem Washington Human Rights Summit im Februar 2010, zitiert nach <http://www.theepochtimes.com/n2/content/view/30178/> [14. April 2010].

Internetnutzern in Belarus mit sich bringt, sondern eher symbolische Bedeutung besitzt. Er sei ein Signal für alle staatlichen Institutionen, dass die Führung des Landes beabsichtige, den virtuellen Informationsfluss – und damit auch die digitale politische Kommunikation – zu kontrollieren. In welchem Umfang die in dem Gesetz angelegte Kontrolle aber tatsächlich ausgeübt werden wird, kann nicht vorausgesagt werden. Chavusau schlussfolgert: „Die belarussische Regierung hat ein sehr striktes Modell der Internetregulierung gewählt, das die Möglichkeit zu ungerechtfertigten Eingriffen in die Privatsphäre bietet. Dieses strikte Modell findet Befürworter in fast allen gegenwärtigen Diskussionen um die Einschränkung der Internetfreiheit, auch im Westen. Es gibt keinen Grund, die Internetregulierung in Belarus mit der in China oder Iran zu vergleichen. [...] Der Erlass Nr. 60 ähnelt eher dem Regulierungsmodell von Kasachstan.“¹⁰

DER WEG AUS DER NICHE: DIE CHANCEN DER DIGITALEN POLITISCHEN KOMMUNIKATION IN WEISSRUSSLAND

Soziologische Umfragen gehen davon aus, dass die Bevölkerung in Belarus sich nach ihren politischen Präferenzen aufspaltet in etwa ein Drittel Unterstützer Lukaschenkos, ein Drittel Anhänger demokratischer Veränderungen und ein Drittel Unentschiedene. Gleichwohl liegt der Rückhalt für die demokratischen Parteien und

ihr Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung seit Jahren konstant bei weniger als fünf Prozent. Und seit Jahren fragen sich internationale Beobachter, aber auch Experten im Land, warum es den demokratischen Kräften nicht gelingt, zumindest das pro-europäische, demokratische Spektrum in der Bevölkerung für sich zu mobilisieren. Eine einfache Antwort hierauf gibt es nicht.

Immer wieder als Ursache genannt werden und durchaus zutreffend sind die persönlichen Ambitionen der verschiedenen Parteiführer und die daraus resultierende permanente Zerstrittenheit in der Opposition. Ein

Einige Experten sind durch den Umstand alarmiert, dass zukünftig in Internetcafes die Nutzung des Internets erst nach Vorlage des Passes und Speicherung der Personendaten erfolgen soll. Auch ein anonymer Zugang über das Mobilfunknetz ist nicht möglich, da der Erwerb einer SIM-Karte ebenfalls an die Vorlage eines Passes und die Registrierung in Belarus gebunden ist.

10 | Yury Chavusau, „Soon there will be less Privacy in Belarusian Internet?“, in: Bell (*BelarusInfo Letter*), 3 (13) 2010, S. 2, http://www.eesc.lt/public_files/file_1270650236.pdf [14. April 2010].

weiterer Grund für die strukturelle Schwäche der demokratischen Parteien in Belarus sind die massiven und gezielten Repressionen gegen aktive Parteimitglieder oder Sympathisanten, was im letzten Jahr insbesondere die Belarusischen Christdemokraten (BChD) zu spüren bekamen, die sich als einzige politische Kraft systematisch um den Auf- und Ausbau ihrer Parteistrukturen in den Regionen und um eine aktive Kommunikation mit der Bevölkerung bemüht hatten.

Zu nennen ist aber auch das fehlende Verständnis für die Möglichkeit, mit Hilfe des Internets und der digitalen politischen Kommunikation die eigene Partei oder Bewegung in relevanten Segmenten der Bevölkerung stärker zu verankern. Trotz einer Vielzahl an politischen oder medialen Online-Projekten ist das Internet in Belarus jedoch kein Mittel der Kommunikation mit den eigenen Anhängern oder ein Instrument, mit dessen Hilfe gezielt ausgewählte Bevölkerungsschichten an Parteien oder Bewegungen gebunden werden, sondern eine Ansammlung von sowohl untereinander als auch in Bezug auf die breite Bevölkerung isolierten Orten. Dabei scheinen die zahlreichen Vorteile des Internets auch und gerade unter autoritären Bedingungen, wie sie in Belarus herrschen, auf der Hand zu liegen:

- Geringe Kosten von Produktion, Verwaltung und vor allem Verbreitung von Informationen
- Direkte Verbindung zwischen Sender und Empfänger
- Möglichkeiten der gezielten Auswahl der Empfänger
- Verschiedene Formen der Kommunikation (eins-zu-eins; eins-zu-viele; viele-zu-viele)
- Die Geschwindigkeit der Übermittlung von Informationen
- Interaktivität
- Dezentrale Architektur
- Globale Präsenz

Würden diese Vorteile von den „Agenten des Wandels“ erkannt, besäße das Internet in Belarus durchaus das Potenzial, zur Triebfeder einer demokratischen Entwicklung zu werden. Was Güldenzopf und Hennewig über die Rolle des

Web 2.0 in der politischen Kommunikation schreiben, hat daher nicht nur Gültigkeit für die entwickelten Demokratien Westeuropas oder Nordamerikas: „Das Internet gehört zum Standardinstrument der politischen Kommunikation. Es trägt maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg einer Kampagne bei und kann ein entscheidender Pfeiler für die Organisation von Politik und Partei sein. Es gibt vielen Engagierten und Interessierten neue Möglichkeiten, sich in den politischen Prozess einzubringen.“¹¹

Das letzte politische Momentum für eine demokratische Wende im Land, die Präsidentschaftswahlen 2006, sind das Beispiel einer verpassten Chance, auch

Trotz einer Vielzahl an politischen oder medialen Online-Projekten ist das Internet in Belarus jedoch kein Mittel der Kommunikation mit den eigenen Anhängern oder ein Instrument, mit dessen Hilfe gezielt ausgewählte Bevölkerungsschichten an Parteien oder Bewegungen gebunden werden, sondern eine Ansammlung von sowohl untereinander als auch in Bezug auf die breite Bevölkerung isolierten Orten.

weil das Potenzial des Internets nicht im vollen Umfang genutzt wurde. Zwar gewann Alexander Milinkiewitsch in extrem kurzer Zeit – er wurde im Oktober 2005 für den im März 2006 stattfindenden Wahlgang als einheitlicher Kandidat der Opposition nominiert – eine erstaunliche Unterstützung in der Bevölkerung. Gleichwohl stützte er sich im Wahlkampf auf eine kommunikativ sehr altmodische Methode. In vier Monaten

fuhr der anfangs praktisch unbekannte Kandidat kreuz und quer durch das Land und traf in unzähligen, häufig spontan organisierten Versammlungen zumeist unter freiem Himmel mit den Menschen zusammen. Immer wieder wurde seine Lautsprecheranlage konfisziert oder der Strom für die mitgeführte Technik abgeschaltet. Die Straße war der Hauptort der politischen Kommunikation zwischen Milinkiewitsch und der Bevölkerung. Doch für den jungen und vor allem aktiven Teil seiner Anhänger war in diesen Monaten das Internet und nicht die Straße der Ort der politischen Kommunikation. Blogs, Foren, LiveJournals oder Flashmobs, die über das Internet organisiert wurden, waren ein Merkmal des Wahlkampfes von Milinkiewitsch. Auch setzten beide Oppositionskandidaten – Milinkiewitsch und Kozulin – das Internet aktiver ein als Lukaschenko, der junge Internetnutzer nicht als seine Wählerklientel betrachtete. Insgesamt wurden jedoch die Webseiten der Oppositionskandidaten hauptsächlich zur Übermittlung von Informationen, nicht aber zur aktiven Wählerwerbung oder

11 | Ralf Güldenzopf und Stefan Hennewig, „Im Netz der Parteien?“, in: *Die Politische Meinung*, 484, (2010) 3, S. 44.

zur Abstimmung mit den eigenen Anhängern eingesetzt. Das Internet diente zwar als Informationsquelle, es wurde von den Kandidaten jedoch nicht aktiv als Ort der digitalen politischen Kommunikation genutzt. Keiner der Kandidaten besaß eine erkennbare Online-Strategie für seinen Wahlkampf:

- Weder Milinkiewitsch noch Kozulin veröffentlichten auf ihren Internetseiten interaktive Wahlumfragen, um ein Meinungsbild der Nutzer zu erhalten.
- Beide Seiten besaßen extrem schwache Verlinkungsstrategien. Es gab keine permanenten Links zu den Seiten anderer politischer Parteien oder Unterstützergruppen.
- Eine Verbindung von Online- und Offline-Aktionen in der Kampagne beider Kandidaten fehlte fast vollkommen.¹²

Die Proteste gegen die Wahlfälschung und die Errichtung einer Zeltstadt auf dem Oktoberplatz nach dem 19. März wurden hauptsächlich digital koordiniert und waren mit den offiziellen Kampagnen von Milinkiewitsch und Kozulin kaum abgestimmt. Viele junge Protagonisten

dieser Aktionen werfen Milinkiewitsch bis heute vor, dass er auf ihre Bereitschaft, die Menschen über das Internet zum Protest auf der Straße zu bewegen, nicht eingegangen sei. Der relative Misserfolg fast aller Kampagnen der demokratischen Opposition

Das letzte politische Momentum für eine demokratische Wende im Land, die Präsidentschaftswahlen 2006, sind das Beispiel einer verpassten Chance, auch weil das Potenzial des Internets nicht im vollen Umfang genutzt wurde.

in Belarus seit 2006 – genannt seien der europäische und der soziale Marsch Ende 2007, die jährlichen Demonstrationen zum inoffiziellen Nationalfeiertag am 25. März und zum Tschernobyl-Gedenktag am 26. April – hängen auch mit der Unfähigkeit zusammen, das Internet als ein schlagkräftiges Instrument zur Mobilisierung der eigenen Anhänger zu verstehen.

Im November 2009 organisierte Milinkiewitsch in Minsk ein Europäisches Forum, das als Startpunkt einer Kampagne gedacht war, bei der 2010 landesweit über die Perspektiven einer europäischen Ausrichtung von Belarus diskutiert werden sollte. Die Bevölkerung sollte im Zuge dieser Kampagne ausführlich über die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Östliche Partnerschaft informiert

12 | E-belarus, „Online Campaigning in 2006 Presidential Election in Belarus“, <http://www.e-belarus.org/article/epolitics2006.html> [14. April 2010].

Die Proteste gegen die Wahlfälschung und die Errichtung einer Zeltstadt auf dem Oktoberplatz nach dem 19. März wurden hauptsächlich digital koordiniert und waren mit den offiziellen Kampagnen von Milinkiewitsch und Kozulin kaum abgestimmt.

werden. Bislang beschränken sich die Ideen des Teams um Milinkiewitsch jedoch auf die geplante und kostenintensive Produktion von Informationsbroschüren, Faltblättern und Postkarten, eine Online-Strategie für die Kampagne existiert nicht. Ein weiteres Beispiel ist die BChD – immerhin die gegenwärtig mit Abstand aktivste politische Kraft im demokratischen Lager –, die im letzten Jahr viel Energie in die Entwicklung ihrer Webseite gesteckt hatte. Die Ergebnisse sind allerdings ernüchternd. Das Gutachten eines der führenden Online-Journalisten in Belarus benannte als größtes Manko des Internetauftritts der Partei die fehlende Bindung an die „Gemeinschaft um die Webseite“ – d.h. an die Anhängerschaft der BChD. Eng damit zusammen hängt z.B. die fehlende Möglichkeit für Rückmeldungen (Feedback) an die Partei über deren Seite. Konkret wird vorgeschlagen, den Umfang der Inhalte zu erhöhen, die von den Nutzern der Seite geschaffen werden (Umfragen, Online Frage-und-Antwort-Sektionen, Foren, Blogs, Lesernachrichten – people's news etc.). Der BChD konnte bislang nicht vermittelt werden, was Güldenzopf und Henneweg heute als eine grundlegende Regel für die Mobilisierung

der eigenen Unterstützer formulieren: „Will eine Partei schlagkräftig sein, muss sie ihren Fokus über die klassischen Medien hinausbewegen. Multiplikatoren – online und offline – werden als vertrauenswürdige Quellen politischer Informationen immer wichtiger.“¹³ Die Regel gilt ohne Zweifel auch für Belarus. Ein

Experiment des bekannten Bloggers Jewgenij Lipkowitsch zeigte, wie sich durch das Internet erfolgreich politische Unterstützung für das eigene Anliegen mobilisieren lässt. Das Videointerview, in dem er seine Bereitschaft erklärte, bei den am 25. April 2010 in Belarus stattfindenden Lokalwahlen in Minsk kandidieren zu wollen, wurde innerhalb eines Tages 17.000 Mal aufgerufen. Über das Internet rekrutierte Lipkowitsch auch die Initiativgruppe zur Sammlung notwendiger Unterschriften für seine Kandidatur.

Das Internet bietet in der besonderen belarussischen Situation die Möglichkeit, einen verloren gegangenen öffentlichen politischen Raum im Online-Modus zu (re)konstruieren und eine neue „demokratische Subkultur“

13 | Ralf Güldenzopf und Stefan Hennewig, „Im Netz der Parteien?“ in: *Die Politische Meinung*, 484, (2010) 3, S. 47.

bzw. neue Formen des „Existierens in der Freiheit“ zu schaffen, doch die Unbeweglichkeit der demokratischen Opposition und die hierarchischen Strukturen innerhalb der Parteien verhindern, dass das Potenzial einer dezentralisierten und individualisierten Kommunikation erkannt wird. Eine Kommunikation verschiedener Öffentlichkeiten miteinander, die Schaffung von Gegen-Öffentlichkeiten, von formalen und nicht formalen Sphären findet praktisch nicht statt.¹⁴

AUSBLICK: PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN BELARUS IM JAHR 2011

Im Februar 2011 (vielleicht auch schon im November 2010) finden die nächsten Präsidentschaftswahlen in Belarus statt. Lukaschenko wird aller Voraussicht nach für eine vierte Amtszeit kandidieren. Bislang deutet nichts darauf hin, dass er beabsichtigt, die Wahlen nach internationalen Standards transparent, frei und fair abhalten zu lassen. Es ist auch nicht zu erwarten, dass er der Opposition im Präsidentschaftswahlkampf einen breiten Zugang zu den von ihm kontrollierten elektronischen Medien im Land einräumen wird.

Das Internet bietet in der besonderen belarussischen Situation die Möglichkeit, einen verloren gegangenen öffentlichen politischen Raum im Online-Modus zu (re)konstruieren und eine neue „demokratische Subkultur“ bzw. neue Formen des „Existierens in der Freiheit“ zu schaffen.

Keiner der erklärten Gegenkandidaten zu Lukaschenko rechnet damit, unter den gegebenen Umständen Lukaschenko schlagen zu können. Milinkiewitsch geht allerdings von einem Potenzial von bis zu 30 Prozent der Wähler aus, die einen demokratischen Kandidaten unterstützen würden. Bislang gibt es jedoch ganz offensichtlich noch keine Strategie für eine Mobilisierung dieses Potenzials. Angesichts der Tatsache, dass ein signifikanter Teil insbesondere der jungen Bevölkerung grundsätzlich bereit scheint, einen demokratischen Wechsel im Land mitzutragen, ist es schwer zu verstehen, warum keiner der demokratischen Kandidaten Anstalten macht, diese aktiven Jugendlichen gezielt über das Internet anzusprechen. Dabei scheint die digitale Kommunikation die beste Methode, Unterstützung für sein Anliegen zu gewinnen. Iryna Vidanava nennt zahlreichen Beispiele, bei denen sich junge Menschen in den letzten drei Jahren in Internet-Kampagnen aktiv für ihre durch das System

14 | Marina Sokolova, „WWW kak polititscheskaja publitschnaja sfera“, in: Sokolova, Furs (Hrsg.) *Postsovetskaja publitschnost: Belarus, Ukraina* (Vilnius: 2008), S. 92 - 118.

Lukaschenko unterdrückten Altersgenossen eingesetzt haben: Im März 2007 sammelten belarussische Blogger erfolgreich über das Internet Geld für die Kaution von Dzianis Dzianisau, einen der Protagonisten der Zeltstadt vom März 2006, der wegen seiner politischen Aktivitäten inhaftiert worden war. Im Januar 2008 organisierte eine Online-Gemeinschaft eine Kampagne zur Unterstützung von Andrei Kim, nachdem dieser während einer friedlichen Demonstration von Kleinunternehmern in Minsk festgenommen und zu anderthalb Jahren Haft verurteilt worden war. In Grodno waren es 2008 ebenfalls Blogger, die den Protest gegen die Zerstörung der historischen Altstadt koordinierten.¹⁵ Die Fälle zeigen, dass das Internet das vielleicht wichtigste Medium ist, um Menschen in Belarus für demokratische Ideen und Ziele zu mobilisieren. Erfolg oder Misserfolg der demokratischen Opposition bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Belarus werden wesentlich davon abhängen, ob es der Opposition gelingen wird, dieses Medium klug und wirkungsvoll einzusetzen.

15 | Iryna Vidanava, „‘New Media’ as a Form of Youth Resistance“, in: Andrej Dynko (Hrsg.), *The Generation Gap, or Belarusian Differences in Goals, Values and Strategy* (Warschau: 2008), S. 145 f.